

Welche Chance hat die Sozialdemokratie, Herr Tálos?

INTERVIEW

Emmerich Tálos zählt zu den renommiertesten Politikwissenschaftlern Österreichs. Zuletzt hielt er sich mit Kritik an der Bundesregierung nicht zurück. Im Interview mit Angelika Drnek erläutert er die Gefahren, die mit einem Abbau des Sozialstaats einhergehen, und erklärt, wie die Sozialdemokratie in die Krise schlitterte.

Jahrelang kamen Studierende in die Hörsäle nach Wien, um Emmerich Tálos zu hören. Nun macht es der Politikwissenschaftler seinen Zuhörern leicht und reist in die Bundesländer.

In Bludenz haben Sie einen Vortrag über den Sozialstaat in der 1. und 2. Republik gehalten. Welche Rolle spielte der Sozialstaat in der 1. Republik, wie wirkt er noch heute nach?

Der Sozialstaat hat im ausgehenden 19. Jahrhundert seinen Anfang genommen. Damals gab es Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden. Die durchschnittliche Lebenserwartung mancher Arbeiter lag bei 30 Jahren. Eine sehr prekäre Situation. Damals wurden die ersten Maßnahmen gesetzt, zum Beispiel ein Maximalarbeitstag von elf Stunden, die ersten Kranken- und Unfallversicherungen wurden eingerichtet. Am Beginn der 1. Republik wurde schließlich der Kern des Arbeitsrechts festgelegt, Betriebsräte wurden gegründet und der Achtsturentag eingeführt. Heute reden wir ja wieder von einem 12-Stunden-Tag. Nach dem Krieg kam es zu enormen Umbrüchen, die Monarchie wurde abgeschafft, die

Sozialdemokratie wurde zu einem wichtigen politischen Faktor und konnte gemeinsam mit den Christlich-Sozialen zahlreiche Maßnahmen durchsetzen. Der Sozialstaat ist nicht vom Himmel gefallen, sondern war und ist immer Ergebnis beträchtlicher Auseinandersetzungen zwischen den Interessenorganisationen. Nach dieser revolutionären Zeit stieg dann aber der Druck, und es hieß „Weg mit den sozialen Lasten!“ Das, was nach 1918 durchgesetzt wurde, sollte nun wieder zurückgenommen werden. Das ist aber nicht passiert, weil die Angst zu groß war, von den Wählern abgestraft zu werden. Wer Sozialstaat abbaut, muss mit Konsequenzen bei den Wählern rechnen.

Sie haben den Druck auf sozialstaatliche Institutionen erwähnt. Auch heute wird wieder Druck aufgebaut. Mindestsicherungen werden gekürzt etc. Wie wird der Sozialstaat diese Regierung überleben?

Der große Unterschied zu damals ist natürlich, dass die jetzige Regierung zeigt, dass der Sozialstaat auch unter demokratischen Bedingungen zurückgefahren werden

kann. Kurz und Co. haben – genau wie Schüssel einst – ein bestimmtes Bild davon, wie Menschen in einer Gesellschaft überleben können. Eigenverantwortung und Leistung stehen im Vordergrund. Und nur denjenigen, die „in Not“ sind, sollte man helfen. Das ist aber ein großer Unsinn, denn wenn nur diejenigen Sozialleistungen erhalten, die in Not sind, dann wüsste ich gerne, wie das bei den Bauern läuft – sind die alle Not leidend? Oder alle gewerblichen Selbstständigen? Unter der neoliberalen Orientierung herrscht die Meinung, dass der Markt unsere Probleme lösen wird. Der Markt schafft aber immer mehr Probleme, als er zu lösen in der Lage ist. Im Vergleich zu Schüssel kommt bei dieser Regierung noch hinzu, dass sie mit ihrer ausländerablehnenden Politik eine Gesellschaftsspaltung betreibt. Natürlich hat die Regierung auch Entscheidungen getroffen, die einem Teil der Bevölkerung etwas bringen, zum Beispiel der Familienbonus.

Von dem profitieren allerdings Besserverdiener weitaus mehr als Geringverdiener.

Richtig, das muss man

